

Stand: 20.04.2026 06:35:10

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/10899

"Das Kulturstabilisierungsprogramm 2020/2021 - ein Bekenntnis zum Kulturstaat Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/10899 vom 28.10.2020
2. Beschluss des Plenums 18/10961 vom 28.10.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 58 vom 28.10.2020



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Robert Brannekämper, Sandro Kirchner, Alex Dorow, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzing, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Andreas Schalk, Ulrike Scharf, Klaus Stöttner** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Das Kulturstabilisierungsprogramm 2020/2021 – ein Bekenntnis zum Kulturstaat Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt das gestern vom Ministerrat beschlossene Kulturstabilisierungsprogramm 2020/2021 für Kulturschaffende, Kulturinstitutionen, die Kreativwirtschaft sowie Kinos in ganz Bayern. Der Freistaat bekennt sich damit weiterhin klar zu seiner reichen Kulturlandschaft und zu den Menschen, die diese tragen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- das Paket so effizient und zügig wie möglich auf den Weg zu bringen, damit den Betroffenen wirksam geholfen werden kann.
- dem zuständigen Ausschuss für Wissenschaft und Kunst bis zum Jahresende mündlich über die Gestaltung der fünf neu aufgelegten, bzw. umformatierten Programme zu berichten (das neugefasste Solo-Selbständigen-Programm für Künstlerinnen und Künstler, das Stipendienprogramm zur Unterstützung von Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteigern, die Verlängerung und Erweiterung des Spielstättenprogramms, die Aufstockung und Verlängerung der Kino-Anlaufhilfen sowie die Verlängerung des Programms für die Laienmusik).
- auf Bundesebene nach dem Vorbild des Solo-Selbständigen-Programms weiterhin darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der Überbrückungshilfe des Bundes künftig auch der Unternehmerlohn für soloselbständige Künstlerinnen und Künstler sowie für Soloselbständige allgemein erstattet wird.

Begründung:

Bayern ist ein Kulturstaat, der in allen seinen Regionen über eine reiche und vielfältige kulturelle Landschaft und Kreativwirtschaft verfügt. Diesen Schatz gilt es auch in schwierigster Zeit zu erhalten und zu schützen. Die Künstlerinnen, Künstler, die Kultur- und Kreativschaffenden sind von der Corona-Pandemie, insbesondere durch die Absage von Veranstaltungen, in den vergangenen Monaten besonders hart getroffen worden. Daher hatte die Staatsregierung schon im Mai ein erstes Hilfspaket aufgelegt, von

dem u. a. rund 8 000 Künstlerinnen und Künstler, 86 Spielstätten und 1 266 Vereine profitiert haben.

Dieses Paket wurde in den vergangenen Monaten in enger Abstimmung mit Kultur- und Kreativschaffenden immer weiter modifiziert und angepasst. Da die Infektionszahlen derzeit rasant weiter ansteigen und andererseits im Winter keine Openair-Auftritte mehr möglich sein werden, benötigt die Kulturszene gerade jetzt die weitere massive Unterstützung des Freistaates. Diese wird nun durch das gestern beschlossene Kulturstabilisierungsprogramm im Umfang von bis zu 370 Mio. Euro bereitgestellt.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Robert Brannekämper, Sandro Kirchner, Alex Dorow, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzing, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Andreas Schalk, Ulrike Scharf, Klaus Stöttner** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/10899

Das Kulturstabilisierungsprogramm 2020/2021 – ein Bekenntnis zum Kulturstaat Bayern

Der Landtag begrüßt das gestern vom Ministerrat beschlossene Kulturstabilisierungsprogramm 2020/2021 für Kulturschaffende, Kulturinstitutionen, die Kreativwirtschaft sowie Kinos in ganz Bayern. Der Freistaat bekennt sich damit weiterhin klar zu seiner reichen Kulturlandschaft und zu den Menschen, die diese tragen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- das Paket so effizient und zügig wie möglich auf den Weg zu bringen, damit den Betroffenen wirksam geholfen werden kann.
- dem zuständigen Ausschuss für Wissenschaft und Kunst bis zum Jahresende mündlich über die Gestaltung der fünf neu aufgelegten, bzw. umformatierten Programme zu berichten (das neugefasste Solo-Selbständigen-Programm für Künstlerinnen und Künstler, das Stipendienprogramm zur Unterstützung von Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteigern, die Verlängerung und Erweiterung des Spielstättenprogramms, die Aufstockung und Verlängerung der Kino-Anlaufhilfen sowie die Verlängerung des Programms für die Laienmusik).
- auf Bundesebene nach dem Vorbild des Solo-Selbständigen-Programms weiterhin darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der Überbrückungshilfe des Bundes künftig auch der Unternehmerlohn für soloselbständige Künstlerinnen und Künstler sowie für Soloselbständige allgemein erstattet wird.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Susanne Kurz

Abg. Robert Brannekämper

Abg. Ulrich Singer

Abg. Manfred Eibl

Abg. Christian Zwanziger

Abg. Dr. Wolfgang Heubisch

Staatsminister Bernd Sibler

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u. a. und Fraktion (SPD)

Keine leeren Versprechungen mehr: Rettungsprogramm für Kultur unverzüglich umsetzen (Drs. 18/10880)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Soloselbstständigen-Programm für alle Branchen öffnen (Drs. 18/10889)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tobias Reiß u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Das Kulturstabilisierungsprogramm 2020/2021 - ein Bekenntnis zum Kulturstaat Bayern (Drs. 18/10899)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile das Wort dem Herrn Kollegen Volkmar Halbleib von der SPD-Fraktion.

Volkmar Halbleib (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister! Ich glaube, es ist Zeit für eine ehrliche Zwischenbilanz zu der Frage: Wo steht die bayerische Kultur heute, nach den ganzen Maßnahmen in Sachen Corona?

Für uns ist klar: Die politischen Antworten der Staatsregierung und der Regierungsfaktionen an die Kultur- und Kreativschaffenden in Bayern waren schlicht und einfach

zu spät, zu gering, zu lückenhaft, zu bürokratisch und zu wenig orientiert an der Arbeits- und Lebensrealität der Kultur- und Kreativschaffenden in unserem Freistaat.

Als Beispiel nenne ich erstens das Künstlerunterstützungsprogramm: zu spät. Es gab zu lange überhaupt keine Reaktion, dann politische Ankündigungen, dann lange nichts, dann Kabinettsbeschlüsse, und dann dauerte es lange bis zur Eröffnung des Programms. Auch dieses war lückenhaft. Viele Solo-Selbstständige in der Kultur- und Kreativwirtschaft waren ohnehin nicht berücksichtigt. Es war sehr bürokratisch, was die Anrechnung von Soforthilfen etc. anbetrifft; es war zu gering und zu wenig an der Arbeits- und Lebenswirklichkeit orientiert, insbesondere was die Frage des Unternehmerlohns anbetrifft. Die Konsequenz war: Dieses Programm ist schlicht und einfach gefloppt und nicht angenommen worden.

Zweitens. Zugleich hat die Staatsregierung die Möglichkeiten für kulturelle Veranstaltungen in Bayern in einer Art und Weise eingeschränkt, die weder wissenschaftlich begründet werden konnte, noch mit Blick auf andere Lebensbereiche wie die Gastronomie oder den Luftverkehr irgendwie nachvollziehbar war. Das reichte vom starren Festhalten an Obergrenzen über das Ignorieren überprüfter und nachgewiesener Hygienekonzepte bis hin zur fehlenden Lernfähigkeit mit Blick auf andere Länder, die erfolgreiche Öffnungsmodelle praktiziert haben.

Drittens – auch das muss ich in dieser Stunde feststellen – wurden sinnvolle Vorschläge und Anträge der demokratischen Oppositionsfraktionen reihenweise missachtet und abgelehnt. Fast alle Punkte – liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen –, die gestern im Kabinett beschlossen wurden, fordern SPD, GRÜNE und FDP seit Wochen und Monaten. Von den Regierungsfractionen in diesem Hohen Haus wurde das immer wieder abgelehnt, bis gestern das Kabinett das, was wir seit Langem vorschlagen, zum Teil seit Monaten vorschlagen, beschließt.

Das ist der Zustand der Kulturpolitik dieses Freistaats Bayern bei der Mehrheit dieser Regierungsfraktionen und der Staatsregierung. Das ist die ehrliche Bilanz, die wir heute ziehen müssen. Im Ergebnis – das ist das eigentlich Schlimme – hat die Kultur- und Kreativwirtschaft wie kaum ein anderer Bereich in Bayern massiv Schaden genommen. Der Kulturstaat Bayern ist zumindest mit deutlichen Schrammen versehen. Die Existenz zahlloser Kultur- und Kreativschaffender und deren Einrichtungen ist gefährdet worden.

Jetzt ist es fünf vor zwölf für die Kultur, für viele Kulturschaffende auch schon später. Wenn wir die Regierungserklärung gehört haben, wissen wir, es brauchte ein Gespräch des Herrn Ministerpräsidenten mit Kulturschaffenden, um zu erkennen, wie es den Kulturschaffenden in diesem Freistaat geht.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, dazu hat man eigentlich einen Kultur- und Wissenschaftsminister, der genau dieses permanent vermittelt und ehrlich und erkennbar mit offenem Visier für die Kulturschaffenden in diesem Freistaat kämpft. Herr Staatsminister, bei aller persönlichen Wertschätzung – das wissen Sie auch –, ein solcher Kunst- und Kulturminister hat uns in den letzten Wochen und Monaten leider gefehlt. Deswegen kamen viele Maßnahmen, die jetzt angekündigt werden, viel zu spät.

Wichtig ist, wir brauchen heute ein Signal an die Kulturschaffenden. Es ist an dieser Stelle schon angebracht, sich zu entschuldigen oder zumindest sein Bedauern zum Ausdruck zu bringen. Ich hoffe, dass es heute die Regierungsfraktionen und die Staatsregierung schaffen, sich dafür zu entschuldigen, wie in Bayern die Politik in dieser Pandemie mit den Kulturschaffenden in vielen Bereichen umgegangen ist. Dieses Signal erwarten auch die Kulturschaffenden. Es wäre ehrlich, das an dieser Stelle zu sagen.

Wir richten weiter eine klare und unmissverständliche Botschaft an die Staatsregierung: Wir erwarten wenigsten jetzt, dass die Ankündigungen und Beschlüsse von gestern konsequent, schnell und umfassend umgesetzt werden. Wir sollten als Parlament

deutlich machen, dass die Kultureinrichtungen und Kinos bisher mit den Hygieneanforderungen verantwortungsbewusst umgegangen sind, dass sie zum Infektionsanstieg keinen Beitrag geleistet haben und dass weitere Beschränkungen auf das zwingend Erforderliche zu begrenzen sind, nachdem – das sage ich ganz bewusst – neue Beschränkungen auferlegt worden sind, und zwar vor der Umsetzung der heute in Berlin konzertierten Maßnahmen. Wir müssen uns gemeinsam darum kümmern, dass die Kultureinrichtungen bald wieder mit Leben erfüllt werden können. Von dieser Stelle soll auch dieses ermutigende Signal für die Perspektiven der Wiedereröffnung von Kultureinrichtungen ausgehen. Ich hoffe, dass auch die anderen Fraktionen das machen.

Heute verbinden wir mit unserem Antrag ein Zeichen der Solidarität und der Verbundenheit mit den Kultur- und Kreativschaffenden, mit allen Solo-Selbstständigen, die unter dieser Krise besonders leiden, und mit den Schaustellern und Marktkaufleuten, die von den Entwicklungen der letzten Tage ebenfalls gebeutelt sind.

Wir bitten um Zustimmung zu diesem Signal und unserem Antrag. Wir werden auch den Anträgen von CSU und GRÜNEN zustimmen. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Halbleib. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Susanne Kurz das Wort.

Susanne Kurz (GRÜNE): Was bisher geschah: Mitte Mai im Küchenkabinett, hölzerner Tisch, dran der Ministerpräsident kurz vor der Seligsprechung und eine Solo-Selbstständige, leider ohne Dienstwagen und Büro – eine, die bisher keine Hilfe erhielt. Eine Uhr tickt, Söder legt sein Handy weg, spricht: Okay, du bekommst einen Kuchen; sie: mit Smarties; er: mit Smarties; sie: und Sahne; er: mit Sahne; sie: Ich will aber einen Kuchen mit Smarties und Sahne. Schweigen. Die Uhr tickt, es ist fünf vor zwölf. Er schaut zum Kleingeldglas, dann wieder genervt zur Solo-Selbstständigen, zu

ihrem leeren Geldbeutel und dem leeren Kühlschrank. Endlich klopft es an der Küchentür. Er erhebt sich, geht hin, nuschtelt leise etwas. Als er sich umdreht, hält er in der Hand einen Teller mit Smarties-Sahnekuchen. Eine von Wunderkerzen illuminierte Szene. Er: Da, schau, der komplette Kuchen, toll, oder? Da musst du dich aber freuen. Sie: Oja, toll, ich freue mich. Er wendet sich zum Publikum, das sich im Dunkel der riesigen Halle verliert. Die Wunderkerzen glitzern in seinen Augen. Freut euch alle mit, und findet mich ganz toll. Der Ministerpräsident strahlt. Alle machen mit und klatschen im Takt. Wegen Infektionsgefahr singt aber niemand. Die Anwesenden dürfen den Kuchen anschauen, und es gibt ein ganz kleines Stückchen davon – aber nur für Künstler. Hernach wird der große Rest, 120 Millionen von 140 Millionen Stücken, von Techniker*innen in Kurzarbeit weggetragen. Die Solo-Selbstständige sitzt allein an einem Tisch. Die Uhr tickt. Sie weint und schimpft monatelang, dass sie den versprochenen Kuchen will wie in Baden-Württemberg.

Die Uhr hört auf zu ticken. Der Kuckuck ruft zwölfmal. Das Warten auf Godot und die Staatskanzlei hat ein Ende. Die Küchentür springt auf, herein tritt der Ministerpräsident. Untergebene schieben diesmal einen gigantischen Wagen mit einem noch größeren Kuchen als beim letzten Male herein. Diesmal hat er 370 Millionen Stücke. Ein softer, sahniger, sagenhafter Dauerkuchen, der den Hunger stillt bis zum Ende der Pandemie wie in Baden-Württemberg, so die himmlische Stimme aus dem Off; denn der Ministerpräsident strahlt nur noch. Schweigend über seine Güte, schwebt er über dem fast leeren Saal, im Himmel, demütig die Untergebenen. Keiner traut sich an den Wagen mit dem Riesenkuchen heran. Die Uhr ist stehen geblieben. Stille legt sich über alles. Endlich kommt eine Stimme aus dem Souffleurkasten: Wie viele Stücke davon dürfen jetzt gegessen werden? Wann dürfen wir essen? Sollen wir eigentlich lieber nur klatschen und den Ministerpräsidenten für seinen tollen Kuchen bewundern und ewig dankbar sein? Dürfen denn auch die Schausteller, die Gästeführerin, die Coaches, die Messebauleute und die Yogalehrerin mal wenigstens probieren? Was ist eigentlich mit den 120 Millionen Stücken, die noch vom letzten Kuchen hinter der Bühne übrig sind? Dürfen wir die auch noch aufessen? – Der Vorhang fällt. Die Stim-

mung fällt. Söder sitzt auf seiner Wolke und behauptet, sein Platz sei in Bayern. Die Gäste gehen beeindruckt nach Hause. – Ein Abend im Theater. Das war mal wieder schön.

(Heiterkeit)

Dieses Theater basiert leider auf einer wahren Geschichte: Zuerst wurden 140 Millionen Euro Hilfe versprochen, davon nicht mal 20 Millionen ausgezahlt. Jetzt steht die gigantische Summe von 370 Millionen im Raum. Noch immer wird nicht allen geholfen. Seit April predigen wir – die gesamten demokratischen Fraktionen aus der Opposition –, dass alle Leidtragenden Hilfe brauchen, also alle Solo-Selbstständigen aller Branchen. Not fragt nicht, in welcher Branche du arbeitest.

Am 14. Mai twittert der Ministerpräsident: Direkthilfen für Techniker – eine Luftnummer. Von wegen Baden-Württemberg! Der CSU-Nachzieher – entlarvt; denn das soll mal lieber der Bund machen. Bayerische Hilfe? – Wieder nur leere Versprechungen, ein Marketing Gag. Wie viel wird von den 370 Millionen bei den Menschen ankommen? – Geben Sie sich bitte einen Ruck. Helfen Sie allen Solo-Selbstständigen hier in Bayern, weil es Sinn macht. Seien Sie solidarisch, und hören Sie auf, Leidtragende gegeneinander auszuspielen.

Dem SPD-Antrag stimmen wir zu. Lassen Sie sich von Ihrem Gerechtigkeitsinn leiten, und stimmen Sie bitte auch unserem Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Kurz. – Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Robert Brannekämper das Wort.

Robert Brannekämper (CSU): Herr Präsident, Herr Staatsminister! Liebe Kollegin Kurz, ich weiß nicht, was dieses fragwürdige Kabarett zweifelhafter künstlerischer Qualität sollte.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es hat mich eher an ein Kasperltheater erinnert.

Lieber Volkmar Halbleib, die Rede, die du gerade gehalten hast, hat leider mit dem Antrag wenig zu tun, den ihr dazu gestellt habt. Diesen Antrag, der vermutlich noch in der Schublade gelegen ist, habt ihr gestellt, um heute einfach etwas sagen zu können, unabhängig davon, was gestern das Kabinett beschlossen hat. Der Freistaat hat diese Krise wirklich glänzend durchgestanden und glänzend bewältigt.

(Zurufe)

Schauen Sie sich doch bitte die Zahlen an. Der Kollege hat es vorhin gerade gesagt. Reden Sie mit den Kollegen aus Frankreich. Reden Sie mit den Kollegen aus Großbritannien, und schauen Sie, was da los ist. Schauen Sie in die USA, und dann reden wir weiter.

Eine Einschränkung darf ich in Bezug auf das Kulturprogramm machen: Gut gemeint ist halt nicht immer gut gemacht. Lieber Volkmar, ich muss sagen, nachdem wir im Mai gestartet sind, hatten wir Anlaufschwierigkeiten. Die Kunstszene hat natürlich auch ihre eigenen Gesetze. Ich bin sehr froh, dass jetzt der Minister das Problem erkannt hat und einen Beirat sozusagen als Transmissionsriemen in die Szene einrichtet. Es geht also darum, dass Leute da sind, die erläutern, wie man den Antrag stellen soll oder wie das Ganze zu verstehen ist, sodass die Künstler nicht sagen: Das ist sehr schwierig, ich versuche, mir selber zu helfen. Deshalb müssen wir Hilfestellung geben. Das ist ein großartiger Vorschlag.

Liebe Kollegin Kurz, eines muss ich schon sagen: Wer auf die Zahlen anderer Länder blickt, stellt fest, dass das bayerische Programm sensationell ist. Schauen Sie bitte auf Schleswig-Holstein mit 2 Millionen, auf Hamburg mit 2 Millionen, auf Bremen mit 0,5 Millionen oder auf Niedersachsen, die einmalig 2.000 Euro bereitstellen. Die Baden-Württemberger haben 500 Millionen zur Verfügung gestellt, aber das ist für alle

Selbstständigen komplett, auch die der Wirtschaft. Wir stellen 370 Millionen Euro nur für die Kunst zur Verfügung. Diese Beträge können sich wirklich sehen lassen. Das Saarland zahlt einmalig 3.000 Euro, Brandenburg 1.000 Euro. Mecklenburg-Vorpommern mit einem Bilanzvolumen von 3 Millionen Euro zahlt einmal 2.000 Euro. Sachsen stellt zweimal 1.000 Euro pro Monat, Sachsen-Anhalt jeweils zwei Monate 400 Euro, also insgesamt 800 Euro, zur Verfügung. Das war diese Drei-Monats-Regelung.

Ich gebe dir recht, Volkmar. Aber wir haben versucht nachzusteuern. Wir haben uns Mühe gegeben, das hinzukriegen. Es war vernünftig zu sagen, wir machen den Cut, es ist keine Akzeptanz draußen. Dieses Programm ist jedenfalls richtig, und es ist richtig, dass der Ministerpräsident gesagt hat: Noch einmal neu aufsetzen. Das wird jetzt gemacht; in diesen Tagen ist man sozusagen in der Umsetzung, allerdings muss noch ein Online-Tool her.

Der Freistaat wird hier die richtigen Schwerpunkte setzen. Wir nehmen das immer wieder geforderte Solo-Selbstständigenprogramm der CDU-Ministerin aus Baden-Württemberg, das alle gelobt haben; das kommt jetzt. Wir haben das Stipendienprogramm für junge Künstler; 5.000 Euro für 5.000 Leute. Damit unterstützen wir die Berufseinsteiger.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Ihr wolltet das aber wieder auf alle ausdehnen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Ja, gut, das ist aber schon ein kleiner Unterschied, lieber Volkmar. Der Punkt ist nämlich, wer das bearbeitet, wenn man das für alle macht. Dann landet das wieder bei den Regierungen, und man muss bei den Regierungen Stäbe zusammenziehen.

Es sind dann aber vielleicht nicht mehr die Leute aus der Kunstszene, die das bearbeiten können. Bei 5.000 Anträgen geht das vielleicht noch, aber bei 20.000 Anträgen sitzt halt auch da der Oberinspektor – ein wunderbarer Mann für die Wasserwirtschaft;

wir haben heute viel über Wasser gesprochen –, der entscheidet, ob das ein gutes oder ein schlechtes Kunststipendium ist. Das macht wohl wenig Sinn. Bei 5.000 Anträge wäre das hingegen in Ordnung und auch zu bewältigen.

Wir haben jetzt auch die Erweiterung des Programms auf die Spielstätten sowie die Kinos dabei. Damit haben wir, glaube ich, ein rundum gutes Paket, das die wichtigsten Punkte abdeckt.

Liebe Frau Kollegin Kurz, natürlich ist das eigentlich eine Bundesaufgabe, die wir hier machen sollten. Der Bund ist dafür zuständig; das ist völlig richtig.

Zum Grundantrag der Opposition muss ich sagen: Das ist leider der falsche Antrag, und er hat nicht zur Rede gepasst, lieber Volkmar. Wir sind der Meinung, dass wir hier wichtige Impulse für den Kulturstaat Bayern geben. Das ist von Verfassungsrang, und das ist ein wichtiger Punkt, den wir jetzt liefern müssen; das ist unstrittig.

Falsch ist jedoch, dass alles gefloppt sei. 8.000 Menschen haben die Angebote in Anspruch genommen. 86 Spielstätten und 1.266 Vereine haben davon profitiert. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen, lieber Volkmar. Man kann nicht sagen, wie es in eurem Antrag steht, dass hier nicht geholfen worden sei und man die Künstler in der Corona-Krise völlig alleingelassen habe. Es tut mir leid, aber das ist einfach grundfalsch.

Deswegen kann man feststellen: Wir steuern nach, und wir korrigieren. Aber was uns die Opposition heute vorhält in dem Tenor, man hätte die Künstler in der Corona-Krise absaufen lassen, ist nichts anderes als reiner Populismus. Mit der Wirklichkeit draußen hat das nichts zu tun.

Der Minister hat jetzt ein neues Konzept, von dem ich mir erwarte, dass es zügig umgesetzt wird. Ich glaube, dass es ein großer Erfolg werden wird; denn es ist finanziell gut ausgestattet, und es wird jetzt IT-mäßig auf den Weg gebracht. Wenn wir das im November am Laufen haben, gehe ich davon aus, dass die Mittel rückwirkend ab Ok-

tober fließen. Wir sind dann, glaube ich, gut beraten und werden diese Krise mit der Kunst gemeinsam meistern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. – Die erste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Kurz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Susanne Kurz (GRÜNE): In den anderen Ländern sind alle Solo-Selbstständigen dabei. Die CSU regiert im Bund mit. Wann bekommen denn endlich alle Solo-Selbstständigen etwas? In Baden-Württemberg sind wirklich alle dabei, und alle bekommen etwas.

Was die Zahlen anbelangt, würde ich bitten, einmal in die Schweiz und nach Norwegen zu blicken. Dort wurden Entschädigungen in Höhe des Kurzarbeitergeldes, basierend auf den Umsätzen der letzten drei Jahre, ausgezahlt.

Last but not least bitte ich den Vorsitzenden des Kunstausschusses des Bayerischen Landtags, zur Kenntnis zu nehmen, dass Kasperltheater Puppenspiel oder Figurentheater heißt und Kunst ist.

Über Antworten auf meine zwei Fragen würde ich mich freuen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Robert Brannekämper (CSU): Liebe Kollegin, wir sollten jetzt wirklich bei den deutschen Ländern bleiben und uns nicht die Schweiz oder irgendein Land heraussuchen.

(Zurufe)

Ich habe auf die Nachbarländer verwiesen.

(Zurufe)

– Ja, wir reden von den Bundesländern, und die Schweiz ist kein Bundesland.

(Zurufe)

– Okay, ich glaube, dazu brauchen wir nichts zu sagen. Liebe Kollegin, selbst der Kollege Habeck fordert heute, dass der Bund hier einsteigen muss. Reden Sie mit dem Kollegen Habeck, er ist hier weiter als Sie.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun haben wir die Zwischenbemerkung des Kollegen Halbleib von der SPD-Fraktion.

Volkmar Halbleib (SPD): Lieber Kollege Brannekämper, wir unterstützen natürlich im Interesse der Kulturschaffenden, dass die Staatsregierung nun nach sieben Monaten kraft Erklärung Kabinett endlich ein Programm auf den Weg bringen will, das auch funktioniert. Wir alle haben ein Interesse daran, dass das tatsächlich funktioniert. Gleichwohl muss man auch feststellen, dass es nach sieben Monaten kommt und dass in Bereichen korrigiert wird, die wir von Anfang an kritisiert haben. Darüber hinaus haben wir parallel dazu gegen die permanente Ablehnung der Regierungsfraktion und auch des Ausschussvorsitzenden Brannekämper gesagt, dass das so nicht funktionieren kann.

Was das Hilfsprogramm anbelangt, war im Übrigen bereits vor der Sommerpause klar, dass das so nicht funktioniert. Im Übrigen hätte man auch bei einem Stipendienprogramm durchaus sagen können, dass der Antrag berechtigt ist und wir vielleicht mit einem reduzierten Volumen besser durchkommen könnten. Das wurde aber schlicht und ergreifend abgelehnt.

Es wurden permanent gute Vorschläge auf den Tisch gelegt und diskutiert. Jetzt, nach sieben Monaten Pandemie, hoffe ich, dass es funktioniert; das ist unser inständiges Interesse. Die Kritik, dass vieles nicht funktioniert hat, ist jedoch, glaube ich, berechtigt. Man sollte sich in dieser Debatte ehrlich machen. Das erwarten auch die Kulturschaffenden draußen.

Robert Brannekämper (CSU): Geschätzter Kollege Halbleib, jetzt so zu tun, als wäre es ein totaler Flop gewesen, ist falsch. Es sind fast 20 Millionen Euro geflossen. Das ist mehr, als die meisten Länder insgesamt gezahlt haben. Also zu sagen, das sei völlig gefloppt, ist daher wirklich ein bisschen weit hergeholt.

Wir können nicht immer nur den Antrag behandeln, den ihr auf den Tisch legt und in dem Antrag steht: Wir machen ein Stipendienprogramm. – Ihr hättet jetzt mit einem Stipendienprogramm 80 Millionen Euro rausgeblasen, und wir haben gesagt: Das ist nicht verantwortbar; denn die Krise geht weiter. Was machen wir im Herbst und im Frühjahr nächsten Jahres?

Lieber zahle ich den Betroffenen jetzt die 1.180 Euro, als einmal 7.000 Euro zu zahlen und dann darüber reden zu müssen, was wir im Januar und im Februar mit den Leuten machen. Die Zahlen gehen jetzt durch die Decke, und ich muss offen sagen, dass ich das vielleicht für Ende November, Anfang Dezember, aber nicht schon für Mitte Oktober vermutet habe. Deswegen ist auch richtig gewesen, was wir jetzt gemacht haben.

Die Opposition tut sich leicht, auf einmal 80 Millionen Euro nach dem Motto "Geld ist da, und wir kümmern uns nicht um die Finanzen" rauszuballern.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Brannekämper. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Singer das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Brannekämper, mit einer Korrektur ist es nicht getan. Wir brauchen eine sofortige Beendigung des hybriden Lockdowns. Wir brauchen keine bürokratische und erst recht keine sozialistische Umverteilung. Ihre Nothilfen von heute sind die Steuern von morgen. Deshalb lehnen wir alle hier gestellten Anträge ab.

Sie von der sozialistischen Einheitsfront, von GRÜN bis hin zur CSU,

(Zurufe)

also der Corona-Sozialistischen Union, haben unseren Dringlichkeitsantrag gerade aus ideologischen Gründen und aus Verbohrtheit abgelehnt. Damit haben Sie eine wirkliche Gelegenheit vertan, dem ganzen Volk und damit auch unseren Künstlern einen echten Dienst zu erweisen und sich ganz klar gegen weitere Lockdowns zu positionieren – Lockdowns, die mit unverantwortbaren wirtschaftlichen, sozialen, gesellschaftlichen, aber auch kulturellen Folgen für den Freistaat Bayern verbunden wären.

Es ist grundsätzlich richtig, den Künstlern beizustehen; denn sie leiden – allerdings genauso wie ganz viele andere Menschen in Bayern – sehr schwer unter den Folgen der aktuellen unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen der Staatsregierung. Unterstützung darf indes nicht zum Dauerzustand werden, denn das wäre der Einstieg in eine Verstaatlichung der Kunst und eine Degradierung der Kunst. Darüber hinaus wäre es eine Degradierung der Künstler zu willfährigen Kunstschaffenden; ihre Aufgabe im neuen sozialistischen Corona-Staat wäre dann nur noch das Beklatschen der Regierung und das Bekenntnis zu Gender und zum Maskentragen.

Wir haben eine ganz andere Vorstellung von Kunst und Kultur. Wir stehen hier als letzte Partei im Parlament für Freiheit. Nur in einer freien Gesellschaft kann Kunst frei gedeihen. Beenden Sie also die rigorosen und unverhältnismäßigen Maßnahmen! Beenden Sie den Kultur-Lockdown! Geben Sie uns unsere Freiheit zurück!

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Manfred Eibl das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Kollege Singer, Freiheit bedeutet Handeln und nicht die Richtung, die Sie einschlagen wollen. Denn die Pandemie hat zweifelsohne drastische Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und Wirtschaft. Wir sehen, wie betroffen Künstlerin-

nen und Künstler davon sind. Die Inzidenzzahlen steigen. Es ist damit zu rechnen, dass der Kulturbetrieb nicht nur bis Jahresende, sondern auch im kommenden Jahr noch betroffen sein wird. Je länger die Corona-Krise und ihre Folgen andauern, umso umfangreicher werden Kultur- und Kreativwirtschaft durch Stillstand bzw. Einschränkungen beeinträchtigt sein. Das bedeutet, dass hier großes finanzielles Engagement zu erbringen ist. Dahin gehend wird seitens der Staatsregierung, aufbauend auf den Erfahrungen aus den bestehenden, aber auch aus den auslaufenden Hilfsprogrammen, nachjustiert. Eine Gesamtstrategie für ein Kulturstabilisierungsprogramm für das Jahr 2020, aber auch für das Jahr 2021 wird auf den Weg gebracht, das schwerpunktmäßig in sieben Punkten gefasst ist und damit ein deutliches Signal für die Zukunft setzt.

Kollege Brannekämper hat es ausgeführt, es sind sieben Punkte: Solo-Selbstständigenprogramm für Künstlerinnen und Künstler als Ersatz für den Unternehmerlohn, bis der Unternehmerlohn bei der Überbrückungshilfe Berücksichtigung findet; Erweiterung des Spielstättenprogramms auf dezentrale Kulturveranstalter ohne eigene Spielstätte sowie eine Verlängerung des Programms; Verlängerung des Hilfsprogramms für die Laienmusik; Verlängerung der Kino-Anlaufhilfen bzw. des Unterstützungsprogramms; weitere Stabilisierung von nichtstaatlichen Kultureinrichtungen; Stabilisierung der staatlichen Kultureinrichtungen; Stipendienprogramme zur Unterstützung von Berufseinsteigern und Berufseinsteigerinnen.

Die Einführung eines aus Landesmitteln finanzierten generellen Unternehmerlohns jenseits des Landesprogramms, das für solo-selbstständige Künstlerinnen und Künstler zum Ersatz des Unternehmerlohns dient, der rückwirkend von Beginn der Krise an gelten soll, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geboten. Allerdings gibt es konkrete Überlegungen seitens des Bundes – das haben wir gehört –, im Rahmen der Verlängerung der Überbrückungshilfen bis Mitte 2021 Überbrückungshilfe III auf einen fiktiven Unternehmerlohn zu erstatten. Die Staatsregierung wird das massiv und nachhaltig unterstützen. Vor diesem Hintergrund wäre es zu diesem Zeitpunkt verfrüht, ein

eigenes Landesprogramm für einen generellen Unternehmerlohn aufzusetzen. Wir alle fordern nun eine zeitnahe Umsetzung der aufgezeigten Programme, um die Kulturlandschaft und die Kulturschaffenden in dieser äußerst angespannten Situation auf diesem schwierigen Weg zu unterstützen und nachhaltig zu begleiten.

Die Anträge der SPD und der GRÜNEN lehnen wir ab. Dem eigenen Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN stimmen wir natürlich zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bleiben Sie noch am Mikrofon, Herr Eibl. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Christian Zwanziger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Herr Kollege Eibl, ich erkenne Sie gar nicht wieder. Vor zwei Wochen haben Sie uns im Wirtschaftsausschuss noch flammend erklärt, warum ein solches Programm gar nicht geht, warum das nicht möglich ist und warum das auch nicht sinnvoll ist. Es freut mich ja, dass Sie zumindest für Künstlerinnen und Künstler so ein Programm jetzt begrüßen. Jetzt frage ich Sie aber: Wo unterscheiden sich denn Solo-Selbstständige aus dem Kunstbereich von Solo-Selbstständigen zum Beispiel aus dem Tourismus – Gästeführerinnen und Gästeführer – oder auch aus anderen Bereichen? Wo unterscheiden sich die denn in der Betroffenheit? Sie haben jetzt mehrfach gesagt, es wäre verfrüht. Die Forderung und die Sorge, dass man keine Kurzarbeit machen kann und kein Betriebskostengeld geltend machen kann, sind nicht neu. Die stehen spätestens seit April oder Mai im Raum. Wann ist denn "nicht früh genug", damit Sie das als Notwendigkeit zu handeln sehen?

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Ich habe Ihnen auch damals ganz klar gesagt: Es gibt genau für diesen Bereich das Sozialgesetzbuch II. Dort sind Möglichkeiten mit vereinfachtem Zugang geschaffen worden. Durch erweiterte Grundsicherung können Lebensunterhalt und Unterkunft in der Krise trotz Verdienstaussfall gesichert werden. Auch ich hatte zahlreiche Telefonate mit Solo-Selbstständigen. Auch ich habe sie ge-

fragt: Sie wohnen in München? Was zahlen Sie an Miete? –Jeder war insoweit befriedigt, dass er gesagt hat: Okay, dann nutzen wir diese Lösung. – Nun schauen wir, was der Bund hier bewerkstelligt. Wir werden das nachhaltig unterstützen und auch hier zum Erfolg kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Eibl. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Wolfgang Heubisch für die FDP-Fraktion.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Corona hat die Kultur in Bayern ganz besonders getroffen. Die Bayerische Staatsregierung hat zu spät, zu kompliziert und an den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der Kultur- und Kreativschaffenden vorbei agiert. Man konnte fast den Eindruck gewinnen, verehrte Damen und Herren, dass hier ein Programm aufgelegt wurde, das es den Antragsberechtigten extra schwermachen sollte. Man muss der Staatsregierung vorhalten, dass sie desinteressiert und mit wenig Sachkenntnis und vor allem mit wenig Empathie und Verständnis an die Kulturschaffenden herangetreten ist. Die Entscheidungen, die heute Nachmittag in Berlin getroffen wurden, werden wir hoffentlich am Freitag diskutieren, und dann hier im Parlament – davon gehe ich jedenfalls aus – auch entscheiden.

Ich sage noch mal: In unserer Bayerischen Verfassung ist verankert, dass wir ein Kulturstaat sind. Übrigens: Es gibt auch eine Wirtshauskultur in Bayern, nicht nur eine Kultur der klassischen Spielstätten. Muss es nicht oberste Aufgabe einer Staatsregierung sein, in Zeiten der Krise dafür zu sorgen, dass die Infrastruktur – eben auch die kulturelle Infrastruktur – nicht wegbricht? Tatsache ist, dass in vielen Fällen die Hilfen viel zu spät gekommen sind oder gar nicht angekommen sind.

(Beifall bei der FDP)

Verehrte Damen und Herren, wie groß mittlerweile die Gräben zwischen der bayerischen Kulturszene und der Staatsregierung sind, wurde am Samstag bei der Demonstration "Aufstehen für die Kultur" mehr als deutlich. Bernd Sibler, lieber Herr Minister, du warst mit dabei. Herzlichen Dank dafür. Da konntest du dir einen deutlichen Eindruck verschaffen. Nur auf massiven Druck der Opposition und der Kreativen in Bayern hin kommen jetzt endlich die neuen, nachjustierten Hilfsmaßnahmen, die wir rundweg begrüßen. Vielen Dank an die SPD, dass ihr diesen Antrag eingebracht habt. Wir können dem voll und ganz zustimmen.

Unsere Kultureinrichtungen haben nämlich ihre Hausaufgaben gemacht und Hygienekonzepte erprobt. Ich frage mich schon: Hat die Staatsregierung, hat dein Ministerium, lieber Bernd, eigentlich mal bei der Staatsoper oder bei den Ärzten im Klinikum rechts der Isar nachgefragt, wie sie die Maßnahmen der Bayerischen Staatsoper begleitet haben? – Das muss doch eine Steilvorlage für jeden Kunstminister sein, dass er im Kabinett entsprechend auftritt und eine Lanze für die Kultur bricht!

Mit professionellem Gästemanagement, Schnelltests, intelligenten Besucherleitsystemen und einem Online-Ticketsystem, das die Nachvollziehbarkeit von Infektionsketten sichern sowie Party-Hopping ausschließen kann, wirken sie spontanen und illegalen Hotspots entgegen. Verehrter Herr Minister, ich bin überzeugt, dass Sie nach den Entscheidungen von heute Nachmittag, die irgendwo abzusehen waren, bereits ein Konzept haben, wie alle unsere Kulturstätten die nächsten 14 Tage oder 4 Wochen – das ist mir noch nicht ganz klar – überstehen werden. Ich möchte jetzt und hier gerne wissen, was du in diesen Wochen des totalen Lockdowns für die Kultureinrichtungen vor hast. Du wirst ja nachher sicher noch sprechen. Ich habe schon gesagt, wir werden die Akzeptanz in der Bevölkerung durch faktenbasierte Maßnahmen heben.

Dem SPD-Antrag werden wir zustimmen. Zum Antrag der GRÜNEN möchte ich sagen: Dieser Wirtschaftsantrag ist uns zu wenig konkret. Wo ist der Übergang mit Kurzarbeitergeld usw.? – Wir werden uns der Stimme enthalten.

Beim Antrag der CSU habe ich wirklich gelacht: Einen Tag, oder sind es zwei Tage, das weiß ich jetzt nicht mehr genau, später einen Antrag einzubringen, in dem man die eigene Regierung wieder einmal auffordert, sie möchte doch das Paket so effizient und so zügig wie möglich auf den Weg bringen, damit den Betroffenen wirksam geholfen werden kann. – Gell, ihr habt auch Angst, so wie wir?

(Beifall eines Abgeordneten der FDP)

Immer nur ankündigen und ganz, ganz restriktiv umsetzen. Ich verstehe den Antrag von euch, von beiden Fraktionen, und deshalb stimmen wir ihm auch zu. Wir wollen, dass das passiert.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Heubisch. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Bernd Sibler das Wort.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal bin ich sehr froh, dass ich heute persönlich hier sein kann. Ich war nämlich heute den ganzen Tag in Berlin. Dort konnten wir die Verwaltungsvereinbarung zur Sanierung des Deutschen Museums unterschreiben. Das ist eine wichtige kulturpolitische Leistung. Leider waren wir nicht erfolgreich bei der Bewerbung Nürnbergs als Europäische Kulturhauptstadt 2025. Ich hatte dann auch Gelegenheit, die große Demonstration in Berlin "Aufstehen für Kultur – Alarmstufe rot" kurz wahrnehmen zu dürfen. Die Hauptforderung war die Einführung eines fiktiven Unternehmerlohnes. Ich habe dann heute für mich festgestellt, dass wir das, Gott sei Dank, gestern in Bayern beschlossen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber nicht nur das, wir haben es gehört: Wir haben ein eigenes Stipendienprogramm. – 5.000 Euro; ab dem 1. Januar wird es losgehen. Wir werden das erfolgreiche Spielstättenprogramm zur Erhaltung der Struktur weiter ausweiten, und zwar für die Anbie-

terinnen und Anbieter, die keine eigenen Bühnen haben. Sie haben gerade im ländlichen Raum eine hohe Bedeutung. Wir werden die Laienmusik weiter stärken, wir werden das Kino unterstützen, Frau Kollegin Gerlach. Wir werden vieles tun, was dringend notwendig und angezeigt ist.

Wenn ich mir die Bilanz der 16 Länder anschau, und die müssen wir zum Vergleich heranziehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann stelle ich fest, alle machen irgendetwas von diesen Programmen. Nur Bayern macht alles zusammen! Ich denke, das ist ein wichtiges kulturpolitisches Signal, weil wir den Aufschlag haben. Wenn man die bisherigen Programme so zerredet, dann will ich nur einmal darauf hinweisen: Wir haben 8.000 Menschen geholfen mit 20 Millionen Euro. Man möge in die anderen Länder schauen: Das erreichen die meisten nicht einmal ansatzweise. Wir haben bereits 150 Spielstätten unterstützt, 80 Anträge sind ausbezahlt, 70 sind in der Pipeline. Wir haben die Laienmusik unterstützt. Wir haben 800 Projekte, beispielsweise die Europäischen Wochen, die durchgeführt worden sind, mit 150 Millionen Euro unterstützt. Wir haben so getan, als würde in Pandemiezeiten alles durchgeführt, was hätte durchgeführt werden sollen. Wir zahlen den Kulturfonds aus, wir unterstützen die Menschen, um Strukturen zu erhalten. – Lieber Herr Kollege Halbleib, den Eindruck zu erwecken, man hätte sieben Monate gar nichts getan, ist unredlich, und das ist auch falsch, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir werden morgen um 9 Uhr die erste Videokonferenz mit dem Begleitausschuss durchführen. Bei der beeindruckenden Demonstration am vergangenen Samstag – Herr Kollege Brannekämper, du warst auch dabei – haben viele Menschen ihre Anliegen an uns herangetragen. Ich darf Ihnen eine kleine Mail vorlesen, die mich heute erreicht hat:

Sehr geehrter Herr Minister Sibler, wir haben großen Respekt davor, dass Sie Ihre Zusagen vom Samstag eingehalten haben und nun die Hilfe für die Soloselb-

ständigen kommt. Sie haben damit unzähligen Menschen das Leben gerettet. Wir möchten Ihnen dafür, auch im Namen der ganzen Initiative "Aufstehen für Kultur", von Herzen danken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das tut zwischendrin auch einmal gut. Wir haben uns sehr angestrengt und sehen, dass wir jetzt in einem guten Dialog mit der Szene stehen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, gerade auch den ehemaligen Kunstminister, dass wir zum ersten Mal in der Geschichte des Kunstministeriums ein Referat "Freie Szene" eingerichtet haben. Wir haben es für alle erkennbar im Organigramm des Ministeriums verankert. Damit setzen wir das Zeichen, dass wir einen strukturierten und organisierten Dialog führen. Wir müssen nämlich auch mit großer Sorge feststellen, dass bisher vor allem die staatlich geförderte Kultur im Mittelpunkt stand. Honorarausfallordnungen haben wir zusätzlich gemacht. Auch darauf sei hingewiesen. Lieber Wolfgang, das hätte man auch schon alles in deiner Zeit institutionalisieren können. Den Vorwurf musst du dir immer wieder mal machen lassen. Wir werden das jetzt strukturiert und intensiv auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Als Vorsitzender der Kulturministerkonferenz auf Bundesebene habe ich in den letzten Tagen für alle 16 Länderminister einen Brief an Bundeswirtschaftsminister Altmaier auf den Weg gebracht. Wir hoffen, damit ab dem 1. Januar auch Unterstützung aus Bundesmitteln zu bekommen. Für den Fall, dass diese nicht kommen, haben wir, lieber Florian Herrmann, gestern bei den Beschlüssen festgehalten, dass der Freistaat einsteigen wird. Wir wissen, dass diese Hilfen über den Winter hinaus gefordert sein werden. Hier gibt es also eine Perspektive und, Gott sei Dank, auch Unterstützung für die Menschen, die jetzt mit dabei sind. Das brauchen wir aufgrund der aktuellen Entwicklungen, denn die auf den Weg gebrachten Hygienemaßnahmen haben nicht mehr die

Wirkung, die man sich wünscht. Das ist das Problem. Im Moment kann die Verfolgbarkeit von Infektionen nicht mehr gewährleistet werden. Das ist ein Punkt, der wehtut.

Wir wissen alle, die Kunst- und Kulturszene hat einen harten Winter vor sich. Deshalb müssen wir ihr jetzt eine Perspektive bieten. Natürlich wäre es der große Wunsch, mehr zu öffnen und dem Grundanliegen der Künstlerinnen und Künstler nachzukommen, nämlich spielen zu können, ihre Kunst zu präsentieren und davon auch leben zu können. In den nächsten Wochen wird das leider nicht möglich sein. Deshalb steigen wir, der Freistaat Bayern, jetzt zum richtigen Zeitpunkt ein, nämlich zu Beginn dieser Maßnahme. Wir werden die Dinge beim Spielstättenprogramm Mitte November auf den Weg bringen können. Das Stipendienprogramm kommt zum 01.01.2021. Bei der Künstlerhilfe werden wir so schnell wie möglich die Software programmieren und schauen, dass das dann alles auch verwirklicht werden kann. Wir alle wissen, dass es eilt, dass wir wirklich gefordert sind. Mit diesem Begleitausschuss werden wir auch eine gute Kommunikation in diese Community haben.

Lieber Wolfgang Heubisch, eines muss ich Dir noch sagen: Heute ist Alexander Putz, der Oberbürgermeister von Landshut, aus der FDP ausgetreten. Er hat gesagt, das Krisenmanagement, das die FDP macht, ist nicht adäquat, nicht angezeigt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

Das unterstreicht schon, dass hier Anspruch und Wirklichkeit weit auseinandergehen. Alexander Putz muss es vor Ort managen. Er muss also wissen, was draußen gefragt ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von Frau Kollegin Susanne Kurz vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Susanne Kurz (GRÜNE): Vielen Dank für den Vortrag, durch den wir nun auch noch erfahren durften, was gerade mit der FDP und Alexander Putz los ist. Mich würden aber viel mehr als Alexander Putz die Spielstätten interessieren. Viele Kommunen sind sehr, sehr klamm. Wir wissen, was das in den nächsten Jahren für die Kultur in diesen Kommunen heißt. Bamberg hat gerade verkündet, seinen Kulturetat um 25 % zu kürzen. Was ist mit den kommunal geförderten Spielstätten? Was gedenkt die Staatsregierung hier zu tun? Auch das sind Theater, sind Spielstätten hier in Bayern.

Meine zweite Frage: Das Baden-Württemberger Programm ist deswegen so sexy, weil dort nicht unterschieden wird, ob du vorne singst oder hinten den Ton hochziehst. Wie gedenken Sie danach zu unterscheiden, wie wichtig jemand für die Kunst und für die Kultur ist, nämlich der, der das Licht anmacht, der putzt und der Tickets verkauft, oder der, der vorne eine Gitarre anspielt?

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Hätten Sie das Bulletin der Staatsregierung gestern gelesen, wüssten Sie, dass wir auch die Technik und die anderen Bereiche in dieses Programm mitaufnehmen werden. Zur Frage nach den kommunalen Strukturen: Ich habe gerade jetzt die Bescheide verschickt, wonach wir die Zuschüsse für die kommunalen Strukturen noch einmal erhöhen werden. Hier sind auch die Kommunen mit gefordert. Der Freistaat Bayern wird seine Zuschüsse nicht kürzen, und wir werden sicherlich auch darauf setzen, dass die Kommunen diesem Vorbild folgen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Dr. Wolfgang Heubisch von der FDP.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Lieber Bernd, ich hatte dich gebeten, zu den nächsten vier oder sechs Wochen Stellung zu nehmen, nachdem jetzt im Bereich der Kultur alles herunterfahren muss. Welche Ideen hast du eigentlich? Du kannst hier nicht antworten, dass du dir das jetzt überlegst. Ich sage das bewusst etwas flapsig. Es muss

doch irgendwelche Grundzüge geben. Die würden mich jetzt in der gebotenen Kürze interessieren, damit wir eine Vorstellung davon haben, worüber wir am Freitag diskutieren.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Nachdem wir diese Hilfen am Dienstag im Kabinett beschlossen haben, ist es doch vollkommen klar, dass wir sie jetzt auf den Weg bringen und damit die Perspektive dafür eröffnen, dass die Menschen gesichert in den schwierigen Winter gehen können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/10880 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die FDP und die GRÜNEN. Gegenstimmen rufe ich auf. – CSU, FREIE WÄHLER, der Abgeordnete Plenk (fraktionslos) sowie die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/10889 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen! – Gegenstimmen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der AfD sowie des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Die FDP. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/10899 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER, CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? – Eine Enthaltung des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich gebe bekannt, dass die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zum Tagesordnungspunkt 9 – das ist die zu behandelnde Petition – namentliche Abstimmung beantragt hat.